

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900

28.3.1900 (No. 87)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 28. März.

№ 87.

1900.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Bzg.“ — gestattet.

Abonnements-Einladung.

Beim bevorstehenden Quartalswechsel laden wir zum Abonnement auf die „Karlsruher Zeitung“ höflichst ein.

In einer Zeit politischer und wirtschaftlicher Kämpfe gilt es vor Allem, die Interessen der Allgemeinheit gegenüber einseitigen Anschauungen und egoistischen Bestrebungen zu wahren. Die „Karlsruher Zeitung“ ist auf kein Fraktionsprogramm verpflichtet und steht somit vorurteilslos den öffentlichen Fragen gegenüber, deren Lösung sie, unabhängig von Schlagworten, im Sinne des Allgemeinwohls herbeizuführen bemüht ist. Auf dem Boden unbedingtester Treue zu Kaiser und Reich, für Fürst und Vaterland wirkend, tritt sie ein für die Fortentwicklung und den vernunftgemäßen Ausbau unserer verfassungsmäßigen Einrichtungen in gemäßigt-liberalem Sinne. Unterstützt von einer Reihe gutunterrichteter Mitarbeiter im Reich wie im engeren Heimatlande vermag die „Karlsruher Zeitung“ ihren Lesern ein wahrheitsgetreues Bild der wichtigsten Begebenheiten auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens rasch zu bieten.

Als Publikationsorgan der Großherzoglichen Regierung ist die „Karlsruher Zeitung“ in der Lage, die amtlichen Verfügungen in zuverlässigster Weise und als erste zur Kenntnis des Landes zu bringen. Wie im politischen Theile wird auch allen hervorragenden Erscheinungen in Kunst, Wissenschaft und Literatur eine erschöpfende Berichterstattung und kritische Würdigung gewidmet.

Die Lage des Geldmarktes wird in wöchentlichen Uebersichtsberichten von einer mit den Verhältnissen durchaus vertrauten Seite in völlig unabhängiger Weise behandelt.

Durch ihre gleichmäßige Verbreitung in den kaufkräftigen Kreisen des Großherzogthums eignet sich die „Karlsruher Zeitung“ für Anzeigen aller Art.

Der Abonnementspreis der „Karlsruher Zeitung“ beträgt für das Vierteljahr 3 Mark 50 Pf., bei Bezug durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung einschließlich der Zustellungsgebühr 3 M. 65 Pf.

Redaktion und Verlag der „Karlsruher Zeitung“.

Ämtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 16. März d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Vorstande der Beamtenwittwenkasse Finanzrath Julius Beutler das Ritterkreuz erster Klasse mit Eichenlaub Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 20. März d. J. gnädigst geruht, den Vorstand der Beamtenwittwenkasse Finanzrath Julius Beutler auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters und leidender Gesundheit unter Anerkennung seiner langjährigen treugeleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen und

den Generalkassier bei der Amortisationskasse Finanzrath Friedrich Schember zum Vorstand der Beamtenwittwenkasse zu ernennen.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums der Finanzen vom 22. März d. J. wurde Regierungsbaumeister Ernst Dahlinger bei Großh. Bezirksbauinspektion Emmendingen zur Großh. Bezirksbauinspektion Freiburg versetzt.

Nicht-Ämtlicher Theil.

* Die Sensationspresse.

In der vergangenen Woche hat sich ein wenig erbaulicher Zeitungskrieg zwischen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und dem „Kleinen Journal“ abgepielt. Das „Kleine Journal“ hatte die Behauptung aufgestellt, von einer Stelle im Auswärtigen Amte erfahren zu haben, daß zwischen Deutschland, England und den Vereinigten Staaten Verhandlungen über Südafrika schwebten und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hatte diese Behauptung kategorisch als unwahr erklärt. Da das „Kleine Journal“ immer wieder unter allerlei Ausflüchten bei

seiner Behauptung blieb, so sah sich das offiziöse Blatt aus der Wilhelmstraße zu Berlin zu immer energischeren Dementirungen genöthigt und verlangte die Nennung des Namens des Gewährsmanns des „Kleinen Journals“. Dieses weigerte sich, diese Pflicht zu erfüllen, indem es die Nothwendigkeit, die journalistische Discretion zu wahren, vorschützte.

Es soll hier nicht auf die Einzelheiten dieses von dem „Kleinen Journal“ in einer ganz widerwärtigen Weise geführten Kampfes eingegangen werden. Man thäte damit diesem Blatte eine ihm nicht gebührende Ehre an. Es ist auch ganz klar, daß der Angriff der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ sich nicht nur gegen das „Kleine Journal“ richtete. Dieses Blatt muß nun einmal in jeder Montagsnummer irgend eine Sensationsnachricht bringen. In früherer Zeit waren es Nordthaten, später waren es Mittheilungen aus dem Gebiete der inneren Politik. Als aber die Lumpen dem Blatte nicht mehr den Gefallen thaten, ihre Schandthaten gerade am Sonntag auszuführen, verlegte sich das Blatt auf das Gebiet der auswärtigen Politik. Ein solches Blatt um seiner selbst willen wiederholt zu rektifiziren, hatte das Auswärtige Amt keine Veranlassung; es weiß sehr wohl, daß ein wesentlicher Theil der Leser dieses Blattes aus Menschen besteht, die sowohl politisch wie durch ihren Lebenswandel als non valeurs anzusehen sind. Ganz anders aber ward die Sache, als die Mittheilung des „Kleinen Journals“ von ernsthaften politischen Blättern übernommen wurde. Damit wurde die Nachricht einerseits einem großen Leserkreise innerhalb Deutschlands zugänglich gemacht, andererseits war die Möglichkeit gegeben, daß sie auch ins Ausland drang und dort, namentlich in Rußland, Empfindungen erweckte, die keineswegs für Deutschland günstig sein konnten. Damit war für das Auswärtige Amt die Nothwendigkeit gegeben, erstens die völlige Wahrheitswidrigkeit der Meldung festzustellen und zweitens zu betonen, daß diese Meldung keiner Stelle des Auswärtigen Amtes entstammen könne.

An der vollinhaltlichen Richtigkeit des Dementis kann natürlich nicht gezweifelt werden, da es von der berufenen Stelle ausgeht. Eine andere Stelle als diese kann Mittheilungen an die Presse nicht veranlassen, da ja eine erfolgreiche äußere Politik einfach ausgeschlossen wäre, wenn nicht lediglich der Leiter der auswärtigen Politik bestimmte, was in die Presse gelangen darf, und wenn etwa auch andere Stellen Mittheilungen in die Presse brächten und dadurch die Wege des Leiters der Politik durchkreuzten. Für jeden Kundigen war es überdies selbstverständlich, daß von verantwortlicher Stelle des Auswärtigen Amtes nicht gerade ein Blatt wie das „Kleine Journal“ zur Lanzirung wichtiger politischer Nachrichten benutzt werden würde.

Die Nothwendigkeit, einen solchen in jedem Falle unangenehmen Presselzug zu führen, ist, wie schon erwähnt, vor allem darauf zurückzuführen, daß die Meldung aus dem „Kleinen Journal“ auch in wirklich politische Blätter überging. Es ergibt sich daraus für nationale Zeitungen die Pflicht, ehe sie eine Sensationsmeldung weiter geben, doch erst zu prüfen, von welchem Blatte die Meldung gebracht wird. Wie jeder verständige Mensch in Berlin, wenn ein Extrablatt ausgerufen wird, sich erst erkundigt, von welcher Zeitung es ausgegeben wird und es nur dann kauft, wenn es von einer ernsthaften Zeitung verbreitet wird, der man einen Schwinkel nicht zutrauen kann, so sollten auch ernste Zeitungen gerade bei Sensationsmeldungen nachprüfen, woher sie stammen. Und diese Pflicht besteht vor allen Dingen dann, wenn es sich um Angelegenheiten der auswärtigen deutschen Politik handelt. Bei im engsten Sinne inneren politischen Meldungen ist der Schaden, den eine lägenhafte Meldung anrichtet, schließlich nicht so groß, weil man die Sache unter sich auszumachen hat. Bei Angelegenheiten der auswärtigen Politik aber spitzt das Ausland die Ohren, und es fehlt wahrlich nicht an Leuten, die alles, was für Deutschland ungünstig sein könnte, mit der größten Schnelligkeit kolportiren und es zum Schaden Deutschlands ausbeuten. Dieser Schaden kann unter Umständen sehr schnell eintreten, und es nützt dann nicht viel, wenn die Lügenmeldung dann auch tausendmal dementirt wird.

Unfall- und Invalidenversicherung im Jahr 1899.

Das Reichsversicherungsamt hat in der üblichen Weise seinen Geschäftsbericht für das abgelaufene Jahr dem Reichstage zu geben lassen. Der Uebersicht über den Umfang der Unfall-

Mit einer Beilage.

versicherung ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahre insgesamt 113 Berufsgenossenschaften bestanden, denen nach dem 1898r. Ausweis 5 110 542 Betriebe und 17 505 905 versicherte Personen angehörten, ferner 416 Ausführungsbehörden (davon 148 des Reiches bezw. Staates) mit zusammen 740 108 versicherten Personen. Im Jahre 1899 betrug nach einer vorläufigen Ermittlung die Zahl aller bei den Berufsgenossenschaften, Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalverwaltungsbüroen zur Anmeldung gelangten Unfälle 442 202, die der erstmalig entschädigten Unfälle 105 688. Die im Jahre 1899 verausgabten Entschädigungen (Renten zc.) betragen nach einer vorläufigen Ermittlung 79 101 153 M. gegen 71 108 729 M. im Jahre 1898. Im Jahre 1899 betragen die Entschädigungen 14 464 303 M., im Jahre 1898 1 915 366 M. Im ganzen sind seit 1886 nicht weniger als rund 515 Millionen Mark an Entschädigungen gezahlt worden. Im Jahre 1899 wurden Entschädigungen gezahlt oder angewiesen an 487 227 Verletzte, 45 081 Witwen Getödteter, 77 883 Kinder Getödteter und 2 728 Waisen Getödteter. Daneben erhielten 10 854 Ehefrauen, 28 490 Kinder und 188 Waisen als Angehörige von Verletzten, welche in Krankenhäusern untergebracht waren, die gesellschaftlichen Unterstützungen, so daß zusammen 647 401 Personen Bezüge auf Grund der Unfallversicherung zu Theil geworden sind. Das in diesen Zahlen zu Tage tretende Steigen der Unfallkosten entspricht, wie bisher, annähernd den Zahlen von der Regierung angefertigten Vorausberechnungen.

Was speziell die Durchführung des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes anlangt, so hat dieselbe die Thätigkeit des Reichsversicherungsamts wie bisher in Anspruch genommen. In vielen Fällen waren über die berufsgenossenschaftliche Zugehörigkeit gewerblicher Betriebe (als landwirtschaftlicher Nebenbetriebe oder als selbständiger Betriebe) Entschädigungen zu treffen; auch war, wie früher, über eine Reihe von Anträgen auf Abänderung oder Ergänzung statutarischer Bestimmungen zu befinden. Auch im Berichtsjahr ist auf weitere Förderung der Unfallversicherung für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, wo sich immer Gelegenheit bot, Bedacht genommen; die von der Meiningen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft erlassenen Unfallverhütungsvorschriften wurden genehmigt. Mit mehreren landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften wurde über die Einführung eines Befahrenstaxi oder Abänderung des bereits bestehenden verhandelt. Bei einzelnen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ergaben sich Schwierigkeiten wegen Einziehung der Umlagen, namentlich bei solchen, deren Unternehmer nicht in dem Gemeindebezirk des Betriebes wohnen. Das Reichsamt ist bemüht gewesen, diese Schwierigkeiten durch Belehrung und durch Benehmen mit den Verwaltungsbehörden zu beseitigen oder zu mindern. Gegenüber einer landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft hat das Reichsamt, zum ersten Male seit dem Bestehen der Unfallversicherungsgesetzgebung, sich genöthigt gesehen, in Anwendung des § 32 des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes dem Vorstehenden des Vorstandes wegen fortgesetzter Nichterfüllung seiner Pflichten die Verwaltung zu entziehen und sie einem besonderen Beauftragten zu übertragen. — Zur Gewinnung eines allgemeinen Uebersichts über das Anwachsen der Beiträge für die landwirtschaftliche Unfallversicherung ist, wie schon in den Vorjahren, zahlenmäßig ermittelt worden, welcher Betrag an Beiträgen bei den dem Reichsversicherungsamt unterstellten landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, je nach dem geltenden Beitragsmaßstabe, dem für dasselbe Jahr maßgebenden Gesamtgrundsteuerbetrage bezw. dem Gesamtbetrage der Lohnverträge für die abgeschätzten Arbeitstage gegenübersteht. Für 1898 hat sich ergeben, daß im Durchschnitt bei den beteiligten Berufsgenossenschaften (32 mit Grundsteuermaßstab, 16 mit Arbeitsbedarfsberechnung) 27,63 Proz. der Grundsteuer bezw. 1,16 Proz. des Lohnvertrags, mithin 1 M. Grundsteuer noch nicht voll 28 Pf. und 100 M. Lohnvertrags 1,16 M. an Beiträgen zu entrichten gewesen sind. Für das Jahr 1897 hatte die Durchschnittsberechnung 25,13 Proz. der Grundsteuer und 1,08 Proz. des Lohnvertrags ergeben. Dabei wurden zwei Berufsgenossenschaften mit Grundsteuermaßstab wegen der eine Vergleichung nicht zulassenden besonderen Gestaltung ihres Grundsteuerhystems nicht berücksichtigt.

Die anhängig gewordenen Berufungen für die gesammte Unfallversicherung zeigen eine Zunahme von 4,92 Proz. gegen 1898, während die entsprechende Zunahme im Jahre vorher 5,23 und 8,96 bis 15,15 Proz. in den früheren Berichtsjahren bis auf 1895 zurück betragen hat. Von den durch Schiedsgerichtsurtheil erledigten Berufungen endigten 25,59 Proz. im Jahre 1899 (1898 25,26) mit völliger oder theilweiser Abänderung des angefochtenen Bescheides, und zwar betrug dieser Prozentsatz bei den Schiedsgerichtsurtheilen in gewerblichen Unfallversicherungssachen 26,19 (1898 25,06), bei denen in landwirtschaftlichen Unfallversicherungssachen 24,54 (1898 25,60).

Was die Invalidenversicherung betrifft, so theilt der Bericht mit, daß vom 1. Januar 1891 bis zum Ablauf des Berichtsjahres Rentenanträge insgesamt anerkannt wurden: bei den 31 Versicherungsanstalten 449 978 Invalidenrenten, 347 765 Altersrenten, zusammen also 797 743, bei den neun Kasseneinrichtungen 27 952 Invalidenrenten, 7 490 Altersrenten, zusammen 35 442; im ganzen mithin 477 930 Invalidenrenten, 355 255 Altersrenten. Im Berichtsjahre bezogen rund 345 200 Personen Invalidenrente, 213 800 Personen Altersrente, also in runder Zahl überhaupt 559 000 Personen Rente. Da sich unter diesen etwa 1 200 Personen befinden, deren Altersrente im Laufe des Berichtsjahres in Invalidenrente umgewandelt wurde, und diese Personen deshalb vorstehend doppelt gezählt sind, so stellt sich die wirkliche Zahl der Rentempfänger des Berichtsjahrs auf rund 557 800 Personen, an welche insgesamt 68,7 Millionen Mark, und zwar an Invalidenrenten rund 41,9 Millionen Mark, an Altersrenten rund 26,8 Millionen Mark gezahlt sind.

Den von den Versicherungsanstalten seit dem 1. Januar 1891 festgesetzten Renten entspricht überschläglich ein Deckungskapital von rund 450,3 Millionen Mark und mit Einschluß der an den Reservefonds abzuführenden Beträge in Höhe von rund 75,3

Millionen Mark ein Kapital von rund 540,4 Millionen Mark. Seit Anwendung der Bestimmungen der §§ 30, 31 a. a. D. (Mitte 1895) bis zum Ablauf des Berichtsjahres wurden ferner Ansprüche auf Beitragsersatzung insgesamt anerkannt: bei den 31 Versicherungsanstalten bei Verheirathung 428 194, in Todesfällen 87 506, bei den 9 Kassenanstalten bei Verheirathung 250, in Todesfällen 10 230; also bei Verheirathung 428 444, in Todesfällen 97 736, zusammen 526 180 anerkannte Ersatzungsansprüche.

Begahlt wurden 1899 an rund 167 000 Personen Beitragsersatzungen im Gesamtbetrage von 5,5 Millionen Mark. Hier- von entfallen auf Verheirathungsfälle 4,1, auf Todesfälle 1,4 Millionen Mark. Die Einnahme aus Beiträgen belief sich für die Versicherungsanstalten nach Abzug der gesamten Verwaltungskosten, deren Betrag für 1899 in derselben Höhe wie für 1898 angenommen ist, in runden Zahlen: 1891 auf 85,2 Millionen Mark, 1892 auf 84,0, 1893 auf 85,2, 1894 auf 87,8, 1895 auf 89,8, 1896 auf 95,4, 1897 auf 98,1, 1898 auf 102,2, 1899 auf 111,0 Millionen Mark. Es hat sich somit die Einnahme aus Beiträgen im letzten Jahre bedeutend erhöht. Die Gesamtsumme der Einnahmen aus Beiträgen beträgt nach Abzug der Verwaltungskosten seit 1891 hiernach 888,7 Millionen Mark.

Unabhängig gemordene Berufungen wurden 1899 in Invaliden- versicherungssachen insgesamt geklärt 20 067 gegen 20 716 im Vorjahre, so daß eine Abnahme um 3,1 Proz. zu verzeichnen ist. Die Veränderung betrug + 3,5 Proz., 1897: - 3,1, 1896: + 9,7 Proz. - 72,8 (1898: 69,6) Proz. der abhängig gemor- denen Berufungen betrafen Invalidenrentensachen, 17,2 (1898: 20,5) Proz. Altersrentensachen, 2,7 (1898: 2,0) Proz. Renten- ziehungssachen, 7,3 (1898: 7,9) Proz. Beitragsersatzungs- sachen. - Die Häufigkeit der Berufungen, berechnet auf 100 berufungsfähige Bescheide, betrug in Invalidenversicherungssachen insgesamt 1899: 6,5, 1898: 7,3, 1897: 7,9, 1896: 10,4 Proz. Sie ist am höchsten in Rentenziehungssachen (1899: 33,8, 1898: 34,3 Proz.), demnächst in Altersrentensachen (1899: 16,0, 1898: 17,2 Proz.) und in Invalidenrentensachen (1899: 12,9, 1898: 14,2 Proz.); am geringsten ist sie in Beitragsersatzungs- sachen (nur wenig höher als 1 Proz.). - Eine völlige oder theilweise Abänderung des angefochtenen Bescheides der Ver- sicherungsanstalt wurde in 25,7 (1898: 25,3, 1897: 23,9, 1896: 24,4, 1895: 27,0, in den früheren Jahren in mehr als 30) Proz. aller durch Urtheil des Schiedsgerichts erledigten Berufungen ausgesprochen.

Ueber die Förderung gemeinnütziger Zwecke bei den Versicherungsanstalten sind auch im Berichtsjahr Erhebungen angestellt worden. Diese haben ergeben, daß bis zum 31. De- zember 1899 für den Bau von Arbeiterwohnungen 52 036 115 M. 22 Pf., zur Befriedigung des landwirthschaftlichen Kreditbedürf- nisses (Hypotheken, Kleinbahnen, Land- und Wegeverbesserungen, Gebung der Viehzucht etc.) 45 271 687 M. 90 Pf., endlich für den Bau von Kranken- und Genußhäusern, Herbergen zur Heimath, Volkshäusern, Kleinkinderschulen, für Krankenpfleger-, Spar- und Konsumvereine und ähnliche Wohlfahrtsanstalten 36 421 762 M. 42 Pf. verwendet worden sind. Hiernach hat sich der Gesamtbetrag der für vorstehende Zwecke aufgewendeten Mittel 1899 auf 133 729 565 M. 54 Pf., das heißt um 48 896 949 M. 23 Pf. gegen das Vorjahr erhöht.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 26. März.

Der Reichstag begann die erste Berathung der Seemanns- ordnung in Verbindung mit dem Gesetz betreffend die Ver- pflichtung der Kaufahrtschiffe zur Mitnahme beimzuschaffender Seeleute und mit einem Gesetzentwurf betreffend die Stellenver- mittelung der Schiffsleute, sowie die Abänderung der seerechtlichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches.

Abg. Frese (freis. Ver.) führt aus: Die neuen Bestim- mungen bezüglich der Musterung enthalten wesentliche Ver- besserungen gegenüber der alten Seemannsordnung. Redner beantragt Ueberweisung der Entwürfe an eine 14 gliedrige Kom- mission.

Abg. Rettich (kons.) regt an, ob nicht die Vorschungs- arbeiten an Sonntagen für Hafen und Rhebe überhaupt zu ver- bieten seien. Die vorliegenden Gesetze haben eine große sozial- politische Bedeutung und bedürfen einer eingehenden Kommissions- berathung.

Abg. Frese (freis. Ver.) ändert seinen Antrag auf „eine 21- gliedrige Kommission“ ab.

Abg. Metzger (Soz.) führt aus: Es könne zugegeben werden, daß die Gesetzentwürfe einzelne kleine Verbesserungen enthielten, allgemein hätte man dieselben aber so gestaltet, wie es die Arbeiter wünschten. Besondere Bedenken lagen gegen die Strafbestim- mungen und gegen die dem Seemannsamt übertragenen Funk- tionen vor. Redner erörtert die Gründe für die verhältniß- mäßig große Zahl der Selbstmorde unter den Schiffsmannschaften, die in erster Linie auf eine schlechte Behandlung zurückzuführen seien. Er stimmt der Ueberweisung an die Kommission zu.

Abg. Spahn (Centr.) erklärt sich im allgemeinen mit der Vorlage einverstanden. Die Bestimmungen über die Sonntags- ruhe und Arbeitszeit seien genauer zu fassen.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky führt aus: Betreffs der Frage der Seeschiffengerichte halte er es nicht für wünschens- werth, die einheitliche Gerichtsorganisation im Standesgerichte aufzulösen. Der Nachweis, daß die Seeamter in erster, die Schiffengerichte bzw. Landgerichte in zweiter Instanz den Be- dürfnissen nicht genügen, sei nicht erbracht. Für die Seeschiffen- gerichte wäre auch keine ausreichende Beschäftigung vorhanden. Uebrigens gibt es in keinen fremden Staaten ähnliche Einrich- tungen, wie der Vorredner sie vorgeschlagen habe. Die Bestim- mungen über die Sonntagsruhe sind genau genug gefaßt. Durch Vereinbarungen können diese Vorschriften nicht außer Kraft gesetzt werden. Die Regierungen sind nicht geneigt, be- züglich des Koalitionsrechtes weiterzugehen. Der Seemanns- berufs ist dem Soldatenberufe vergleichbar. Disziplin sei hier notwendig. Sobald der Schiffsmann an Land sei, gelten für ihn die Vorschriften der Gewerbeordnung. Die vom Abg. Metzger vorgebrachten Fälle haben mit der Disziplin nichts zu thun und sind große Mißhandlungen, die unbedingt zu verur- theilen sind. Die Selbstmorde der Kohlentrimmer sind zurück- zuführen auf die schlechte Behandlung durch die Vorgesetzten oder schlechte Unterkunft und Verpflegung. Gerade in letzterer Beziehung wird das neue Gesetz wirken. Hoffentlich wird die Vorlage noch in dieser Session verabschiedet.

Abg. Müller-Duisburg (nat.-lib.) bezeichnet den Gesetzentwurf unter allen Umständen als eine wesentliche Verbesserung und erklärt sich im wesentlichen mit den Ausführungen des Abg. Frese einverstanden.

Abg. Ringens (Centr.) empfiehlt die schleunige Förderung der Kommissionsberathung.

Abg. Raab (Reformp.) meint: Die Regierungen hätten statt der Vertreter der Arbeiter mehr Vertreter der arbeitenden Seeleute als Sachverständige hören wollen. Wünschenswert wäre die Schriftlichkeit des Feuervertrages.

Nach langer Debatte wird dann der Gesetzentwurf an eine 21 gliedrige Kommission überwiesen.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 27. März.

Dritte Berathung des Etats beim Etat für die Schutzgebiete.

In der Generaldiskussion bespricht Frhr. v. Schele- Winstorf die Lage der Dänenarbeiter, deren gesund- heitliche Verhältnisse sehr traurige seien. Redner wünscht Maßnahmen zur Besserung ihrer Lage, um sie dem Einfluß der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu ent- ziehen.

Es folgt die Spezialdiskussion zum Etat des Reichs- tags.

Abg. Spahn wünscht im Interesse der Abgeordneten eine bessere Verbindung zwischen Leipzig und Berlin.

Der sächsische Gesandte Graf Hohenthal rüht dem Vorredner, sich dieserhalb an den Minister Thielens zu wenden.

Abg. Fischbeck befürwortet einen Antrag Barg- mann, betreffend Diäten und Reisekosten für Mit- glieder des Reichstags aus Reichsmitteln. Der Antrag sei schon zehnmal vom Hause angenommen worden.

Ein Antrag Gröber (Centr.) will in der Resolu- tion Bargmann „Diäten“ durch das Wort „Anwesen- heitsgelder“ ersetzen. (Heiterkeit.)

Abg. Baffermann (nat.-lib.): Seine Partei trete für den Antrag Bargmann mit obiger Abänderung ein.

Abg. Gröber (Centr.) empfiehlt den Antrag im Sinne ordnungsmäßiger Erledigung der Geschäfte des Reichstages.

Abg. Singer (Soz.) erklärt, seine Partei stimme für den Antrag Bargmann.

Abg. Gräfe (Reichsp.) spricht ebenfalls für den Antrag.

Abg. Kardorff erklärt, seine Freunde würden sich der Abstimmung enthalten.

Abg. Richter spricht für den Antrag.

Abg. Richter wendet sich gegen Kardorff. Der An- trag Bargmann mit dem Amendement wird ange- nommen.

Die Reichspartei hat den Saal verlassen. Die Kon- servativen und Frhr. Bismarck stimmen dagegen.

Der Rest des Etats des Reichstages wird an- genommen, ebenso der Etat des Reichszanzlers.

* Berlin, 27. März. Die Budgetkommission

des Reichstages begann heute die Berathung der Novelle zum Flottengesetz und erklärte sich auf An- trag Müller-Fulda und Genossen damit einverstanden, daß eine Generaldebatte und zwei Lesungen stattfinden und daß die Generaldebatte in vier Hauptabtheilungen getheilt werde. Der Vorsitzende der Kommission machte darauf aufmerksam, daß ein Theil des zur Beantwortung erfor- derlichen Materials streng vertraulich zu behandeln sei. Staatssekretär Graf Bülow machte vertrauliche Mit- theilungen über unsere auswärtigen Beziehungen, woraus sich die Schlussfolgerung ergab, daß der Flottenausbau zur Sicherung der friedlichen Politik des Reiches unbedingt erforderlich sei. Staatssekretär Tirpitz machte vertrauliche Mittheilungen über unsere maritime Lage. Auf Vorschlag Richters einigte sich die Kommission dahin, daß man sich heute auf Fragen aus dem Schoße der Kommission und auf die Antworten der Regierungsvertreter beschränke unter allgemeiner Anerkennung der Pflicht der Geheimhaltung. Morgen Fortsetzung.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 27. März.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag den Minister von Brauer zur Vortrags- erstattung. Hierauf ertheilte Seine Königliche Hoheit dem Provinzial der bayerischen Kapuziner Pater Venno Auracher eine Privataudienz. Im Laufe des Abends hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Majors von Pannwitz und des Legationsraths Dr. Seyd.

* Nach einer zwischen dem Reichsversicherungsamt und den Centralpostbehörden getroffenen Vereinbarung haben die Em- pfänger von Alters- und Invalidenrenten vom 1. April ab für die Quittungen zur Abhebung der Renten bei den Postanstalten neue Formulare zu verwenden. Diese Be- stimmung hat mehrfach zu dem Irrthum Anlaß gegeben, daß auch die Unfallrentenempfänger sich vom 1. April ab neuer Quittungsformulare zu bedienen hätten. Dies ist nicht der Fall. Die Empfänger von Unfallrenten dürfen vielmehr die alten Formulare mit dem Vordruck der Jahreszahl „1899“ unter handschriftlicher Abänderung der Zahl in „1900“ auch in Zukunft weiter benutzen.

* (Großherzogliches Posttheater.) Von der Ge- neraldirektion des Großh. Posttheaters wird uns zur Veröffent- lichung mitgetheilt: Die letzte Ankündigung des Spielplanes für diese Woche enthält insofern einen Irrthum, als am Freitag den 30. d. M. als 44. Vorstellung in Abtheilung C. „Fidelio“ stattfindet, welche Oper für diese Abonnementsabtheilung noch aussteht, während am Samstag den 31. d. M. für Abtheilung A. welche in dieser Spielzeit (am 7. September) „Fidelio“ schon gehabt hat, als 44. Vorstellung „Cyprienne“ gegeben wird.

* (Gesamtagstheater des Klassischen Theaters.) Am 20. März stattete das Klassische Theater aus Sträßburg dem Mannheimer Posttheater zum zweitenmale einen Besuch ab. Das Stosstopfische Lustspiel „Dr. Herr Maire“ wurde wiederholt und fand bei dem sehr zahlreich erschienenen Publikum den lebhaftesten Beifall. Nach Berichten aus Mannheim (Mannheimer Tagblatt) war auch dieses Mal die Darstellung eine äußerst frische und lebendige, von durchschlagender Komik, ohne jedes Auftragen; die einfache Natürlichkeit der Darstellung machte den gewöhnlichen Eindruck. Von anderer Seite wird hervorgehoben, daß der elassische Dialekt durch deutliches Sprechen und Vermeidung

jeder Uebertreibung dem Publikum leicht zum Verständniß ge- bracht wurde, so daß von dem lustigen Dialog nichts verloren ging, wie aus den bis zum Schluß andauernden Ausbrüchen der Heiterkeit hervorging.

Dr. Sch. (Schneebeobachtungen.) Infolge des milden Wetters, das bis zur Mitte der verfloffenen Woche geherrscht hat, ist der Schnee auf den Höhen zurückgegangen, aus der Bodenseegegend, der Hochfläche der Saar, an dem nordöstlichen Schwarzwalde, sowie an mehreren höher gelegenen Beobachtungs- stellen des nördlichen und südlichen Schwarzwaldes ist die ge- schlossene Schneedecke ganz verschwunden. Gegen Ende der Woche hat es neuerdings bis tief herab ziemlich ergiebig ge- schneit. Am Morgen des 24. März (Samstag) sind gelegen in Furtwangen 6, beim Heilberger Hof 100, in Titisee 12, in Höchenschwand 3, in Bernau 9, in Gersbach 3, in Todnauberg 45, in Heubronn 5, in St. Märgen 40, in Kniebis 35, in Breitenbrunn 30, in Herrenwies 21, in Kaltenbrunn 45 und in Strampfelbrunn 12 cm.

* Heidelberg, 26. März. Unter der Leitung des Herrn Professor Pfaff wurden durch den Verein für Alter- thumskunde in letzter Zeit wieder mehrere interessante Funde gemacht. Der wichtigste dürfte wohl ein großes römisches Grabdenkmal sein, das bei Wehrbach blosgelagt wurde. Es ist ein hoher thurmartiger Bau, dessen Wandflächen mit Reliefbildern, Szenen aus dem Leben der Verstorbenen darstellend, geziert sind.

* Schwetzingen, 26. März. Gestern Abend brach in der Scheuer des dem Hegler Moos gehörigen Hauses an der Mann- heimerstraße Feuer aus, das in einer halben Stunde die Scheuer mit allen Futtern, Strohhäfen und Heuballen und den angebauten Stall in Asche legte. Der Schaden beträgt über 5 000 M. Man vermutet Brandstiftung.

* Freiburg, 27. März. Vieles trifft zusammen, um Freiburg den Titel einer echten Musikstadt zu schaffen. Die Noten hängen hier sozusagen in der Luft und es klingt an allen Ecken und Enden. Ein Ereigniß besonderer Art aber festete in jüngster Zeit das Interesse der Kunstfreunde an sich. Im „Musikverein“ gelangte das Werk zweier heimischer Kräfte zur ersten Wiedergabe. In gemüthlicher und formal musterger Dichtung behandelte eine junge Freiburger Dichterin, Fräulein Waldbach, das Leben des Bauernführers Jos. Frick (um 1520), welcher namentlich im Schwarzwald seine Thätigkeit übte und den die Poetin unserem Gefühl so nahe zu bringen wußte. Zu dieser in span- nenden Stimmungsgegenständen sich bewegenden Dichtung hat Musikdirektor Adam eine wirkungsvolle Musik geschrieben, welche namentlich in lyrischen Stellen sich zu großer Schönheit erhebt. Vor allem ist es ein großes Liebesduett, das durch ge- schickte Färbung der Singstimmen und farbenreiche Instrumen- tation sich auszeichnet und geradezu den Höhepunkt des Wertes darstellt. Die Aufnahme dieses Stückes Feinmusik, das eine Verbreitung nach auswärts verdient, war eine höchst befähigte.

B.N. Haslach, 26. März. Der Hochwassererfolg wegen muß die hier über die Kinzig führende hölzerne Brücke entweder durch eine entsprechende neue eiserne Brücke ersetzt oder durch zwei neue Joche verlängert werden. An der Brücke haben in erster Linie die Gemeinden Haslach, Weiler-Fischerbach, Hellen- bach und Schenningen Interesse und sie würde auch der Haupt- theil der Kosten treffen. Die vier Gemeindevertretungen haben nun beschlossen eine eiserne Brücke um 82 000 M. zu erstellen zu lassen, zu denen Haslach 31 956, Weiler-Fischerbach 9 287 M., Hellenbach und Schenningen 1 828 M. leisten werden. Außerdem erwartet man einen Zuschuß des Staates, einen solchen des Kreises und der fürstlich fürstlichen Verwal- tung. Die bezüglichen Beschlüsse der vier Gemeindevertretungen sind einstimmig oder nahezu einstimmig gefaßt worden.

Eine neue Postordnung.

Der Staatssekretär des Reichspostamts hat eine neue Postordnung erlassen, die am 1. April d. J. in Kraft tritt. Von den zahlreichen wichtigen Aenderungen heben wir folgende hervor:

Bei Postkarten sind Bilderschilder und Aufklebungen auf der Rückseite insoweit zugelassen, als dadurch die Eigenschaft des Versendungsgegenstandes als offene Postkarte nicht beeinträchtigt wird und die aufgetriebenen Stellen der ganzen Fläche nach befestigt sind. Zu der Aufsicht von Sendungen mit dem Vermerk „Postlagernd“, für welche die Post nicht Gewähr zu leisten hat, dürfen statt des Namens des Empfängers außer Buchstaben und Ziffern auch einzelne Wörter oder kurze Sätze angegeben sein.

Weitentlich erweitert sind die Bestimmungen über Druck- sachen: Die offenen Karten dürfen die ungefähre Größe der Formulare zu Postpostadressen haben; bei Preislisten, Börsen- zetteln, Handelszirkularen und Prospekten können außer den Zahlen jetzt auch Fußzeile, die als Bestandtheile der Preisbestim- mung zu betrachten sind, handschriftlich oder auf mechanischem Wege eingetragen oder berichtigt werden; in Entladungss- und Einberufungskarten dürfen der Name des Einzeladressaten oder Einberufenen, sowie Zeit, Zweck und Ort der Zusammenkunft vermerkt werden, Fußzeile durch Druck oder Stempel sind bei Druckdrucken unbeschränkt zugelassen; die bei Druckdrucken erlaubten Durchstreichungen, Anstiche und Unterstreichungen dürfen in dessen nicht briefliche Mittheilungen in offener oder verabredeter Sprache herstellen.

Als neue Versendungsart werden Geschäftspapiere unter den schon bekannt gegebenen Bedingungen in den inneren deutschen Verkehr eingeführt. Das Gewicht, bis zu dem die Vereingung von Druckdrucken und Waarenproben gestattet ist, wird unter Zulassung der gleichen Vergünstigung für Geschäfts- papiere von 350 g auf 1 kg erhöht.

Eine Streitfrage, die die Gerichte öfter beschäftigt hat, ist dahin entschieden, daß die Packetadressen und Postan- weisungen, sowie die zu deren Frantirung verwendeten Postwertzeichen mit der Einlieferung in das Eigentum der Postverwaltung übergeben. Bei Briefen mit Werthangabe müssen die Umschläge aus einem Stück hergestellt sein und dürfen nicht farbige Ränder haben; sämtliche Klappen des Umschlages müssen durch Siegelabdrücke gefaßt werden. Bei ge- wöhnlichen und einzuwickelnden Packeten kann der Ver- schluß lediglich durch eine gut vermerkte Verschnürung hergestellt werden. Zur Einlieferung sind jetzt auch gewöhnliche Briefsendungen nach dem Orts- oder Landbestellbezirke des Auf- gabeorts zugelassen. Bei Briefen mit Zustellungs- urkunde kann der Absender sich künftig auch in privaten Angelegenheiten der vereinfachten Zustellung bedienen.

Ueber die Zeit der Einlieferung ist bestimmt, daß als Schlußzeit für gewöhnliche Druckdrucken, Geschäftspapiere und Waarenproben eine halbe bis eine Stunde vor dem planmäßigen Abgange der Post gilt, daß die Einlegung gewöhnlicher Brief- sendungen in die Bahnposten bis zum Abgange des Tages zu- lässig ist und daß die Postanstalten auch besetzt sind, außerhalb der Schalterdienststunden Einsendepackete anzunehmen. Die Kosten für die postamtliche Verpackung mangelhaft verpackter Sendungen werden vom Absender entzogen, wenn vom Empfänger keine Zahlung zu erlangen ist. Unterläßt es ein Abholer, die eingegangenen Sendungen rechtzeitig abzuhol- dern, so werden gewöhnliche Pakete, soweit sie sich zur Bestellung eignen, am zweiten Tage nach dem Eingange in die Wohnung

bestellt, wenn sie sich aber nicht zur Bestellung eignen, ebenso wie Einschreibungen, Sendungen mit Wertangaben und Postanweisungsaufträge am achten Tage als unbestellbar behandelt. Bei der Rückgabe unbestellbarer Sendungen, über die ein Einlieferungschein erteilt ist, braucht dieser nicht mehr zurückgegeben zu werden. Nachforderungen an Porto für Sendungen, die nach ihrer Aushändigung an den Empfänger als unzureichend frankiert erkannt werden, hat der Empfänger zu berichtigen, wenn der Empfänger die Zahlung ablehnt.

Badischer Landtag.

52. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Dienstag, 27. März 1900.

(Vorläufiger Bericht.)

Die allgemeine Beratung über das Budget der Landwirtschaft wurde heute fortgesetzt.

An der Diskussion beteiligten sich die Abgg. Armbruster, Schmid, Minister des Innern Dr. Eisenlohr, Abg. Müller-Weinheim, Geppert, Zehner, Reuwirth, Hug, Frhr. v. Stockhorner, Müller-Weschingen.

Um halb 2 Uhr wurde die Sitzung auf Donnerstag verlagert.

*** Karlsruhe, 27. März.** 53. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag, den 29. März 1900, Vormittags halb 10 Uhr:

1. Anzeige neuer Eingaben
2. Fortsetzung der Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1900 und 1901 Titel XVI der Ausgaben, Titel VII der Einnahmen, (Für Förderung der Landwirtschaft) Berichtserfasser: Abg. Frank.

Der Krieg zwischen England und Transvaal.

(Telegramme.)

*** London, 27. März.** Die „Times“ melden aus Bloemfontein vom 25. März: Der ziemlich lange Aufenthalt der Truppen in Bloemfontein ist durch die Zustände in dem besetzten Gebiete bedingt. Das Land im Rücken der vorgehenden Streitkräfte muß durchaus gesichert werden. Das militärische Regime arbeitet ganz vorzüglich, doch zeigen neuerliche Untersuchungen, daß es notwendig ist, im Verkehr mit anscheinend loyalen Persönlichkeiten vorsichtig zu sein.

*** London, 27. März.** Das Reuter'sche Bureau meldet aus Kapstadt vom 26. d. M.: Gouverneur Milner ist heute von Alibon North nach Bethulle weiter gereist.

*** Pretoria, 27. März.** General Joubert ist aus Kronstad hier eingetroffen. Er hofft, in kurzem nach Natal zurückkehren zu können.

*** Barkly West, 26. März.** Reutermeldung. Ein 400 Mann starkes Burenkommando besetzte Pappelfriedrichs, sich der Transvaalrepublik wieder anzuschließen. In dieser Gegend kamen ausgebreitete Plünderungen vor.

*** London, 27. März.** „Daily News“ melden aus Bloemfontein vom 25. d. M.: General French ist mit der Kavallerie zurückgekehrt, ohne mit dem Feinde zusammengestoßen zu sein. Eine Anzahl Burghers haben in den von French durchzogenen Gebieten die Waffen niedergelegt. „Daily Mail“ melden aus Ladysmith vom 25. März: Heute ging die Meldung ein, daß die Buren sich in dem von Keenen-Passe stark verschanzt hätten. Sie schießen sich mit schweren Geschützen auf Entfernungen ein. — „Daily Mail“ meldet aus Kapstadt: Heute geht von Kimberley eine Expedition ab. Das Hauptziel derselben ist der von den Buren besetzte Ort Griquatown.

*** London, 26. März.** (Unterhaus.) Wyndham erklärt auf eine Anfrage: Lord Roberts teilte mit, daß eine Menge Explosivkugeln im Lager Cronje's und an anderen Stellen gefunden seien. Es herrsche kein Zweifel, daß die britischen Truppen davon vermindert seien. Im Hinblick auf die Antworten Krügers und Steyns auf den Protest Roberts gegen die Anwendung solcher Kugeln scheint ein weiteres Vorgehen in dieser Angelegenheit augenblicklich unmöglich. Dillon fragt, ob Wyndham die Frage beantworten wolle, ob eine Menge Explosivkugeln im Burenlager versteckt gefunden seien und ob er sagen wolle, auf wessen Zeugnis er erkläre, daß die britischen Truppen durch Explosivkugeln verwundet seien. Wyndham erwidert, daß er das auf das Zeugnis zahlreicher ärztlicher Berichte tue. Er bediene sich des Wortes Explosiv, nicht Explosiv, weil eine größere Zahl jener Kugeln passender Explosiv als Explosivkugeln genannt werden. Auch seien einige Kugeln gefunden worden, die auf der Jagd verwendet werden und in passender Weise als Explosivkugeln bezeichnet werden.

*** Kapstadt, 26. März.** In der vergangenen Nacht brach in Graadstreet eine gewaltige Feuerbrunst aus. Eine Anzahl von Gebäuden wurde vernichtet. Die Burens der Regierung entgingen mit knapper Not der Zerstörung. Die Akten wurden ins Parlamentshaus geschafft, aber vom Feuer sehr beschädigt, welches drei Stunden wüthete.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

*** Berlin, 27. März.** In der Zeit vom 1. April 1899 bis zum Schluß Februar 1900 gelangten im Deutschen Reich folgende Einnahmen einschließl. der kreditierten Beträge an Zöllen, an gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern, sowie an anderen Einnahmen zur Anschreibung: Zölle 456 235 832 M. (gegen das Vorjahr weniger 13 617 509 M.), Tabaksteuer 11 361 414 M. (weniger 72 092 M.), Zuckersteuer, Zuschlag dazu 103 694 243 M. (mehr 7 198 513 M.), Salzsteuer 45 886 893 M. (mehr 1 388 218 M.), Meißschottisch- und Branntweinsteuereinnahmen 15 059 256 M. (weniger 3 884 590 M.), Verbrauchsabgaben von Branntwein und Zuschlag dazu

121 662 342 M. (mehr 9 864 875 M.), Brennsteuer 1 350 809 M. (weniger 1 564 222 M.), Brausteuer 29 116 334 M. (mehr 719 063 M.), Uebergangsabgabe von Bier 3 774 501 M. (mehr 174 303 M.), in Summa 755 693 040 M. (mehr 206 059 M.), Stempelsteuer für a: Wertpapiere 16 727 775 M. (weniger 84 288 M.), b: Kauf- und sonstige Anschaffungsgebühren 13 550 626 M. (mehr 1 271 291 M.), c: Looße zu Privatlotterien 3 939 263 M. (mehr 486 937 M.), Staatslotterien 14 581 957 M. (mehr 450 491 M.), Spielkartenstempel 1 436 904 M. (mehr 37 724 M.), Wechselstempelsteuer 10 929 123 M. (mehr 889 484 M.), Post- und Telegraphenverwaltung 340 336 051 M. (mehr 22 523 054 M.), Reichseisenbahnverwaltung 78 614 000 M. (mehr 5 698 000 M.).

*** Dresden, 27. März.** Seine königliche Hoheit Prinz Georg von Sachsen ist unter Belassung im Verhältnis eines Generalinspektors der 2. Armeeinspektion von der Stellung als kommandirender General des 12. Armee-corps entbunden worden. An seiner Stelle wurde Generalleutnant Frhr. v. Hausen, bisher kommandirender General der 22. Division zum kommandirenden General des 12. Armee-corps, ernannt.

*** Darmstadt, 27. März.** Seine königliche Hoheit der Großherzog reist am 30. März zum Besuche Ihrer königlichen Hoheiten des Prinzen und der Prinzessin Heinrich nach Kiel.

*** Darmstadt, 27. März.** Die Zweite Kammer trat heute zu einer kurzen Tagung zusammen. Die beiden bisherigen Präsidenten, Geh. Rath Haas-Offenbach und Rechtsanwalt Dr. Schmidt-Mainz, wurden wieder gewählt.

*** Straßburg, 27. März.** Die „Amtliche Straßburger Correspondenz“ stellt fest, daß der Reichstagsabgeordnete Wetterle seine in der Reichstagsitzung vom 28. Februar ausgesprochene Behauptung, der kaiserliche Statthalter habe das Wahlcomité in Kolmar durch einen Brief zu einer Erklärung über die Aufhebung des Diktaturparagrafen ermächtigt, selbst nicht mehr aufrecht erhält. Die neuerliche Behauptung des Reichstagsabgeordneten Wetterle, daß der kolmarer Wahlschluß zu der fraglichen Erklärung ermächtigt worden sei — und zwar sei die Ermächtigung mittelbar oder unmittelbar vom Statthalter ausgegangen —, ist ebenso unwahr wie die frühere.

*** Wien, 27. März.** Die meisten Landtage wurden heute eröffnet. Bei der Eröffnung des Vorarlberger Landtages wies der Landeshauptmann unter dem Befehl des Hauses auf die die wärmste Unterstützung verdienenden Bestrebungen der Regierung zur Lösung des Sprachenschiedes hin. Unter den beim böhmischen Landtag eingebrachten Petitionen befinden sich solche, die auf eine Verstaatlichung der Kohlenbergwerke Böhmens abzielen.

*** Kopenhagen, 27. März.** Ihre Majestät die Kaiserin-Witwe von Rußland ist gestern Abend von St. Petersburg hier eingetroffen.

*** Kopenhagen, 26. März.** Der Eisenbahnausschuß des Folketings beantragt die Annahme der Regierungsvorlage betreffend die Dampftrahnenverbindung zwischen Gedser und Bornemünde, ferner die Annahme der Vorlage betreffend die jütändischen Eisenbahnanlagen Viborg — Grenning, Høstebro — Belle und in Aarhus. Die Gesamtkosten sind auf 13 Millionen veranschlagt. In Verbindung mit den Dampftrahnenvorlagen wird die Uebug eines neuen Telegraphenbetriebs-Gesetz-Bornemünde vorgeschlagen, vorausgesetzt, daß Mellesborg die Hälfte der Kosten der Kabellegung tragen will.

*** Paris, 27. März.** In dem im Ellysée abgehaltenen Ministerrath wurde die offizielle Eröffnung der Weltausstellung auf den 14. April festgesetzt.

*** Paris, 27. März.** Kammer. Duquesnay interpellirt wegen der jüngst vorgekommenen Unruhen auf Martinique und tadelt das Verhalten des Gouverneurs und der anderen Beamten. Gerville Reache rechtfertigt die Haltung der Kolonialbehörde und erhebt gegen das Militär den Vorwurf, daß ihm Ruhe und Besonnenheit gefehlt habe. Kolonialminister Decrais rechtfertigt die Haltung der Beamten und erklärt, es habe auf der Insel ein wirtschaftlicher Zustand bestanden, niemals ein Aufstand. Die Regierung habe eine Untersuchung eingeleitet und festgestellt, wen die Verantwortung für die Unruhen treffe und bitte um die Unterstützung des Hauses, damit die Ruhe auf Martinique wieder hergestellt werde. Der Ministerpräsident nimmt die von Gerville Reache vorgeschlagene Tagesordnung an, in welcher die Kammer ihr Vertrauen zum Ausdruck bringt, daß die Regierung mit der nötigen Festigkeit die Ordnung und den Rechtszustand auf Martinique wieder herstellen werde. Die Kammer spricht sich für die Priorität dieser Tagesordnung aus mit 243 gegen 232 Stimmen. Lasserre verlangt Theilung der Tagesordnung. Zahlreiche Deputirte wollen die Wiederherstellung der Ordnung auf Martinique, nicht aber der Regierung das Vertrauen aussprechen. Ein Deputirter fürchtete sich auf Lasserre und schlägt ihn. (Große Erregung.) Der Ministerpräsident erklärt, er glaube nicht, daß der Regierung wegen der Vorfälle in Martinique kein Vertrauen mehr von der Kammer entgegengebracht werde. Die Kammer nimmt sodann den ersten Theil der Tagesordnung an, worin der Regierung das Vertrauen der Kammer zum Ausdruck gebracht wird, mit 285 gegen 239 Stimmen. Der zweite Theil der Tagesordnung bezüglich der Wiederherstellung der Ordnung auf Martinique wird durch Handaufheben angenommen. Die Sitzung wird sodann geschlossen.

*** Paris, 27. März.** Wie mehrere Blätter berichten, hat der Generalstabchef der Marine, Admiral Caillaud, infolge von Meinungsverschiedenheiten mit dem Marineminister de Caméjan die Absicht ausgesprochen, seine Entlassung zu nehmen.

*** Paris, 27. März.** Admiral Victor Duporre ist gestorben.

*** Paris, 27. März.** Präsident Coubet ist hierher zurückgekehrt.

□ Rom, 26. März. Die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und dem päpstlichen Stuhl über die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät an der Straßburger Universität werden demnächst wieder aufgenommen. Mit dieser Mission ist neuerlich Frhr. v. Hertling betraut, dessen Antritt unmittelbar bevorsteht. Beim Empfange mehrerer französischer Bischöfe hat der Papst kürzlich der Zuvorfahrt auf die Herstellung vollständigen religiösen Friedens in Frankreich und die Besserung der Verhältnisse zwischen der Republik und dem Vatikan Ausdruck gegeben. In Anerkennung dieses Verhaltens und des bezeichneten Erfolges des heiligen Stuhles soll das Pariser Kabinet, wie verlautet, auf der Forderung, betreffend die Absetzung der Bischöfe von Liz und Valence, nicht mehr bestehen.

*** Rom, 27. März.** Kardinal Mazzella ist gestern gestorben.

*** London, 27. März.** Das Oberhaus nahm die Censusbill gestern in dritter Lesung an.

*** London, 27. März.** „Daily Mail“ meldet aus Shanghai vom 26. d. M.: Die Kaiserin-Witwe wies die chinesischen Kreuzer „Haitien“ und „Gaichou“ an, nach den Straits settlements zu gehen, um dort, zusammen mit einigen dorthin entsandten Leuten zu verweilen, Kanghuwei und andere dort befindliche Reformer lebend oder todt in ihre Gewalt zu bekommen. Die Kaiserin-Witwe glaubt, daß es den Kreuzern, welche in der Stunde 24 Knoten zurücklegen, möglich sein werde, den britischen Kriegsschiffen zu entkommen.

*** London, 27. März.** Das Reuter'sche Bureau meldet aus Washington von gestern: Das Staatsdepartement erfährt, daß der Schiedsrichter in der Delagoabahn-Frage nicht vor Mitte April bekannt gegeben wird.

*** Bukarest, 26. März.** Der Senat genehmigte den Gesetzentwurf, durch den das Handelsgesetz in Bezug auf rumänische und ausländische Gesellschaften in einem der Gesetzgebung der westlichen Staaten angepaßten Sinne abgeändert wird.

*** Madrid, 27. März.** Ihre Majestät die Königin unterzeichnete das Gesetz betreffend die Konvertirung der Schuld.

Berschiedenes.

† Berlin, 27. März. (Telegr.) Der Senior der Akademie der Künste, Geschichtsmaler Professor Penning, ist gestorben.

† Wien, 27. März. (Telegr.) Das „Fremdenblatt“ meldet aus Brüssel: Seine Majestät der König der Belgier entschied, daß der Kronprinzessin Stephanie Weber der Titel „Königliche Hoheit“ nach der Titel „Prinzessin von Belgien“ zukommen dürfe. Von der Entscheidung ist das Obersthofmeisteramt in Wien verständigt worden. Die Kronprinzessin führt nunmehr den Namen Gräfin von Bay. ohne weiteren Titel.

† Paris, 27. März. (Telegr.) Die Académie des Sciences wählte den Professor der Physik Pittori in Münster zum korrespondirenden Mitgliede.

† Batum, 27. März. (Telegr.) Die im Bau vollendete Rapphaleitung längs der transkaukasischen Eisenbahn mit einer Ausdehnung von 214 Werst (etwa 230 km) ist zur endgültigen Prüfung fertiggestellt. Der Durchmesser der Röhren beträgt acht Zoll, die Durchlässigkeit 60 Millionen Pud (16,38 Tilo) jährlich.

† Sidon, 27. März. (Telegr.) Im ganzen sind 36 Pestfälle vorgekommen, davon 13 tödtlich. Ueber 8 000 Personen wurden geimpft.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Freitag, 30. März. Abth. C. 44. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Fidelio“, Oper in 2 Aufzügen von Beethoven, Musik von Ludwig van Beethoven. Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.

Die zur „Fidelio“-Auführung, die auf Samstag, 31. März, angelegt war, gelösten Eintrittskarten, welche für die Abth. A. 44. Ab.-Vorst. ausgestellt sind, sind längstens bis Donnerstag, 29. März, Mittags 1 Uhr, an der Vorverkaufsstelle des Großherzoglichen Hoftheaters umzutauschen, da diese Karten jetzt auch zu „Cyprienne“ (siehe unten) Gültigkeit haben.

Sonntag, 31. März. Abth. A. 44. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) Zum ersten Mal wiederholt: „Cyprienne“, Lustspiel in 3 Akten von Victorien Sardou und E. de Najac. Deutsch von Oskar Blumenthal. Anfang 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

Die zu „Cyprienne“ bereits gekauften Eintrittskarten, die die Bezeichnung C. 44. Ab.-Vorst. tragen, sind gleichfalls längstens Donnerstag, 29. März, Mittags 1 Uhr, an der Vorverkaufsstelle des Großherzoglichen Hoftheaters umzutauschen.

Im Theater in Baden:

Mittwoch, 28. Febr. 27. Ab.-Vorst. Wegen Erkrankung von Fräulein Marie Tomischik: „Der Barbier von Sevilla“, komische Oper in 2 Aufzügen, Musik von Rossini. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Wetterbericht des Centralbureau für Meteorologie u. Hyd. v. 27. März 1900.

Die Luftdruckvertheilung ist auch heute eine sehr ungleichmäßige. Außer dem barometrischen Maximum, das seit einigen Tagen im Nordwesten von Europa lagert, ist noch ein zweites über dem Nordosten erschienen; das ganze übrige Gebiet wird von niedrigem Drucke bedeckt, der mehrere flache Minima aufweist. Das Wetter ist deshalb, wie bisher, unbeständig oder trübe und stellenweise fällt etwas Schnee. Die Morgenstemperaturen lagen in Deutschland vielfach unter dem Gefrierpunkt. Weiteres Verhalten des herrschenden Witterungscharacters ist wahrscheinlich.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

	Barom.	Therm.	Rel.	Feuchthe.	Wind	Himmel
	mm	in C.	in mm	in mm	St.	
März 26. Nachts 9 ³⁰ U.	744.3	2.6	4.2	75	SE	bedeckt
27. Morgs. 7 ³⁰ U.	743.8	-0.8	3.8	88	SE	heiter
27. Mittags 2 ³⁰ U.	742.9	6.2	3.6	60	SE	bedeckt

5 höchste Temperatur am 26. März: 5.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht -2.0.

Niederschlagsmenge des 26. März: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 27. März: 3.85 m, gefallen 8 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

